

Ehescheidungen mit grenzüberschreitendem Bezug

Von divergierenden nationalen Scheidungsvoraussetzungen zu einem einheitlichen europäischen Scheidungsrecht?

Bearbeitet von
Isabella Toscano

1. Auflage 2011. Buch. XX, 255 S. Hardcover

ISBN 978 3 631 60660 5

Format (B x L): 14,8 x 21 cm

Gewicht: 460 g

[Recht > Zivilrecht > Familienrecht > Eherecht, Scheidungsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Einleitung

I. Einführung und Problemstellung

In den letzten Jahrzehnten ist ein stetiges Zusammenwachsen Europas erfolgt. Die wichtigsten Ziele eines gemeinsamen Raumes des Wohlstands und des Friedens innerhalb der Europäischen Union wurden bereits verwirklicht: der Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Fähigkeit, globalen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen. Einen gewichtigen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele spielte dabei die Rechtsangleichung und -vereinheitlichung auf europäischer Ebene. Auslöser dieser Bemühungen war insbesondere die grenzüberschreitende wirtschaftliche Tätigkeit der Mitgliedstaaten.¹ Demnach hielt die Rechtsangleichung und -vereinheitlichung v.a. auf Gebieten des Privatrechts und des Wirtschaftsrechts Einzug. Die Europäisierung dieser Bereiche erfolgte durch Übereinkommen, Richtlinien und Verordnungen, die einheitliche prozessrechtliche und materiellrechtliche Bestimmungen zum Inhalt hatten. Auf dem Gebiet des Familienrechts steckt diese Entwicklung im Gegensatz dazu gegenwärtig noch in den „Kinderschuhen“.² Dabei sind grenzüberschreitende Sachverhalte nicht nur im wirtschaftlichen Verkehr zu beobachten – auch zwischenmenschliche Beziehungen wie Eheschließungen und -scheidungen haben immer wieder Bezüge zu mehreren Mitgliedstaaten.

So ist eine nicht zu vernachlässigende Anzahl von Ehen mit grenzüberschreitendem Bezug festzustellen. Ein solch grenzüberschreitender Bezug liegt vor, wenn die Ehepartner entweder unterschiedliche Staatsangehörigkeiten besitzen oder in verschiedenen Mitgliedstaaten wohnen oder zusammen in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Heimatstaat leben.³ Allein in Deutschland sind im Jahr 2002 nach Aussage des Statistischen Bundesamtes⁴ 16.312 Eheschließungen zwischen

1 *Dethloff*, AcP 204 (2004), 544; *Pintens*, FamRZ 2003, 329 (330); *Schwintowski*, JZ 2002, 205 (208).

2 Erste Anstöße hierzu gab zwar bereits in den 70er Jahren *Neuhaus*, in: Festschrift Dölle II, S. 419 ff.; ders., RabelsZ 34 (1970), 253 (254); ders., Ehe und Kindschaft in rechtsvergleichender Sicht, S. 3 ff., wobei die erste bedeutende rechtsvereinheitlichende Maßnahme erst im März 2001 in Kraft trat. Vgl. zum historischen Überblick unter: 2. Teil, I.

3 Vgl. www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/100 (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2011).

4 Statistisches Bundesamt, VI A, Tabellen 5.1.3. und 5.1.2.: Eheschließungen nach dem Land der Staatsangehörigkeit der Ehepartner.

Deutschen und Ausländern anderer Mitgliedstaaten verzeichnet worden. In den darauf folgenden Jahren nahm die Zahl zwar ab: So wurden im Jahr 2003 in Deutschland 15.812, im Jahr 2004 nur noch 15.637, im Jahr 2005 dann 14.830 und im Jahr 2006 sogar nur noch 14.172 Ehen zwischen Deutschen und Ausländern geschlossen. Jedoch ist im Jahr 2007 mit 14.621 Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Dem stehen die Eheschließungen zwischen Deutschen, also rein nationale Ehen, gegenüber, die im Jahre 1999 noch 360.556 betrugen. In den folgenden Jahren nahmen sie, mit Ausnahme der Jahre 2004 (330.535) und 2005 (329.455), sodann ab, sodass im Jahre 2006 nach Aussage des Statistischen Bundesamtes nur noch 319.384 und im Jahr 2007 nur noch 318.082 Eheschließungen zwischen Deutschen zu verzeichnen waren.⁵ Damit sind in Deutschland etwa 4,5 % der Eheschließungen solche zwischen Deutschen und Ausländern, also binationale Ehen.

Was die Ehescheidungen zwischen Deutschen, also Ehescheidungen rein nationaler Ehen, betrifft, gehen sie in Deutschland nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes⁶ seit 2004 zurück: Nachdem von 1992 bis 2003, mit Ausnahme des Jahres 1999, eine ständige Erhöhung der Ehescheidungen von 120.359 auf 178.794 zu verzeichnen war, betrug im Jahre 2007 die Zahl der Ehescheidungen zwischen Deutschen nur noch 152.972. So sank auch im Jahr 2007 die Zahl der Ehescheidungen im Vergleich zum Jahr 2006, in welchem 155.290 Ehescheidungen registriert wurden.

Im stetig zusammenwachsenden Europa mit immer mehr grenzüberschreitenden Ehen sind diese Scheidungsraten aber auch im internationalen und europäischen Zusammenhang zu sehen. Nach Angaben der Europäischen Kommission wurden im Jahre 2007 in allen 27 Mitgliedstaaten mehr als eine Million Ehen geschieden, wovon 140.000, also 13 %, internationale Bezüge aufwiesen.⁷ Auch diese Tatsache fußt auf dem Zusammenwachsen des europäischen Binnenmarktes. Aufgrund des mobilen Lebens des modernen Menschen, der seinen Wohnort und seinen Lebensmittelpunkt – sei es aufgrund geschäftlicher oder familiärer Situationen – nicht selten ändert, treten Verbindungen zu mehreren Mitgliedstaaten und damit internationale Bezüge immer häufiger auf. So waren einem Bericht von Eurostat zufolge, dem Statistischen Amt der Europäischen

5 Statistisches Bundesamt, VI A, Tabelle 5.1.: Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner.

6 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 317 vom 28.08.2008: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/08/PD08__317__12631.psm1 (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2011).

7 Vgl. www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/100 (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2011).

Gemeinschaften, 40 % der Einwanderer, die sich im Jahre 2006 in Mitgliedstaaten der Union niederließen, Bürger aus anderen Mitgliedstaaten.⁸ Demnach ist insbesondere auch eine Migration *innerhalb* der Union⁹ zu verzeichnen. Eine stark wachsende familiäre Vernetzung über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg ist damit unvermeidbar.

Dementsprechend können im Falle einer grenzüberschreitenden Ehescheidung, sei es, dass infolge einer Migration beide Ehepartner oder gar nur einer von ihnen den gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat als dem Heimatstaat hat oder die Ehepartner von vornherein unterschiedliche Staatsangehörigkeiten besitzen, grundsätzlich die Familienrechte – insbesondere Ehescheidungssysteme – mehrerer Mitgliedstaaten tangiert sein. Dies hat zweierlei Gründe: Zum einen findet sich divergierendes Sachrecht, zum anderen divergierendes Kollisionsrecht. Innerhalb der Europäischen Union besteht eine Vielfalt unterschiedlicher nationaler Regelungen im Hinblick auf das Kollisionsrecht der einzelnen Mitgliedstaaten. Diese regeln das anwendbare Sachrecht im Falle einer Auslandsberührung und damit auch im Falle einer Ehescheidung mit grenzüberschreitendem Bezug. Da die nationalen Regelungen des Kollisionsrechts weder deckungsgleich sind, noch ineinander greifen, geschweige denn vereinheitlicht sind, kommt es häufig zu der Situation, dass aufgrund dieses divergierenden Kollisionsrechts unterschiedliche Rechtssysteme zweier oder gar mehrerer Mitgliedstaaten anwendbar sein können. Dies wiederum führt dazu, dass es aufgrund der beträchtlichen Unterschiede zwischen den Sachnormen der einzelnen Mitgliedstaaten, die zu gänzlich unterschiedlichen Ergebnissen führen können, oftmals zu einem „Wettlauf zu den Gerichten“ kommt. Im Bereich der Ehescheidungen tritt dieses Phänomen des sog. „forum shopping“ insbesondere deshalb auf, da eine Fülle nationaler Familienrechte existiert, die zum Teil deutliche Unterschiede bezüglich der Scheidungsvoraussetzungen aufweisen.

Die Europäische Union ist sich dieser Probleme bewusst und daher seit geraumer Zeit bemüht, eine Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Familienrechts zu erreichen. Diese Bemühungen betreffen jedoch bislang nur das internationale

8 http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-18112008-AP/DE/3-18112008-AP-DE.PDF (zuletzt abgerufen am 27. Januar 2011).

9 Seit Inkrafttreten des „Vertrages von Lissabon“ am 01. Dezember 2009 ist die Europäische Union an die Stelle der Europäischen Gemeinschaft getreten. Damit wurden die Europäische Union und die Europäische Gemeinschaft zu einer einzigen „Europäischen Union“. Der Ausdruck „Gemeinschaft“ und „Europäische Gemeinschaft“ wurde durch den Ausdruck „Union“ ersetzt. Die Worte „Europäische Gemeinschaften“ wurde durch „Europäische Union“ ersetzt und der Wortbestandteil „Gemeinschafts-“ durch „Unions“, sowie das Adjektiv „gemeinschaftlich“ durch „der Union“, vgl. Fischer, Der Vertrag von Lissabon, S. 93; Lenz/Borchardt, EU-Verträge, S. 16.

Zivilverfahrensrecht, namentlich Zuständigkeits- und Anerkennungsregeln. So hat der europäische Gesetzgeber am 29. Mai 2000 die Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, sog. „Brüssel II-VO“¹⁰ verabschiedet, die sodann durch die am 27. November 2003 verabschiedete Verordnung (EG) Nr. 2201/2003, sog. „Brüssel IIa-VO“¹¹ ersetzt wurde. Dieser Vereinheitlichung des Zivilverfahrensrechts kommt allerdings eine nicht zu unterschätzende Bedeutung bezüglich des anwendbaren Rechts und damit letztlich auch für den Ausgang des Verfahrens zu. Der Grund ist wiederum in der Tatsache zu sehen, dass die jeweils zuständigen Gerichte aufgrund der immer noch bestehenden Rechtsvielfalt im Kollisionsrecht sowie im materiellen Recht nicht zwingend gleich entscheiden.

Damit einher geht der Umstand, dass für die betroffenen Ehepaare kaum erkennbar ist, welches Recht auf ihre Ehescheidung Anwendung findet. Es fehlt an Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit.

Infolge des fortschreitenden Zusammenwachsens Europas sowie der Mobilität der Menschen erscheint eine Vereinheitlichung des Sachrechts, insbesondere der Scheidungsvoraussetzungen, notwendiger denn je. Am 17. Juli 2006 hat die Kommission dementsprechend bereits einen Verordnungsvorschlag zur Änderung der „Brüssel IIa-VO“ und zur Einführung von Vorschriften betreffend das anwendbare Recht in diesem Bereich verabschiedet („ROM III“).¹² Ob der Vor-

10 Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten, ABl EG 2000 Nr. L 160/19.

Der Text der Verordnung und der anderen hier genannten Rechtsakte und Veröffentlichungen im Amtsblatt findet sich über die Internetseite der Europäischen Union (www.europa.eu) unter www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/index.htm sowie unter <http://eur-lex.europa.eu/JOIndex.do?ihmlang=de> (jeweils zuletzt abgerufen am 27. Januar 2011).

Da diese Verordnung auf dem Brüsseler Übereinkommen vom 28. 9. 1968 („EuGVÜ“) fußt, ist sie weitläufig als „Brüssel II-VO“ bekannt. Als Abkürzungen werden auch „EuEhe-VO“, „EheGVO“ oder „EheVO“ verwendet. In der vorliegenden Arbeit wird stets von der „Brüssel II-VO“ die Rede sein.

11 Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABIEU 2003 Nr. L 338/1.

Diese Verordnung ist auch als „EheVO II“ bekannt, wird jedoch vorliegend in Anlehnung an die „Brüssel II-VO“ stets als „Brüssel IIa-VO“ bezeichnet.

12 Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 im Hinblick auf die Zuständigkeit in Ehesachen und zur Einführung von

schlag, dessen weitere Entwicklung in jüngster Zeit wesentlich voranschritt, bezüglich des anwendbaren nationalen Sachrechts sinnvoll oder gar möglich ist, ist zu untersuchen und kritisch zu hinterfragen. Dass die Entwicklung fortschreiten *soll* ist dabei klar. Dies ist auf die Mobilität der Menschen, die daraus folgende Verknüpfung mit mehreren Mitgliedstaaten und die mögliche Anwendbarkeit mehrerer Rechtssysteme, sowie die wiederum darauf beruhenden Probleme zurückzuführen. Die Frage ist nur, auf welchem Wege dies geschehen soll.

- Sind einheitliche Kollisionsregeln ausreichend, die auf ein bestimmtes Recht verweisen?
- Oder kann letztlich nur ein *ius commune* der Entwicklung der Europäisierung gerecht werden? Und wenn ja, in welcher Ausgestaltung sollte dies erfolgen?

Dabei sind auf der Suche nach einer Vereinheitlichung gerade im Bereich des Familienrechts, welcher doch enge Verknüpfungen zu den Lebensgewohnheiten aufweist, wie in keinem anderen Bereich auch die kulturellen und religiösen Wertvorstellungen zu berücksichtigen.

II. Gang der Darstellung

Angesichts der wachsenden Zahl grenzüberschreitender familienrechtlicher Sachverhalte, der hohen Scheidungsraten und der divergierenden Sach- und Kollisionsnormen scheint das Gebiet des Familienrechts gerade in der europäischen Perspektive nicht nur wissenschaftlich, sondern auch praktisch äußerst relevant. Eine Untersuchung der Europäisierung des Familienrechts, insbesondere des Ehescheidungsrechts, die Betrachtung und Analyse der Entwicklung der Rechtsvereinheitlichung, sowie die Erörterung einzelner Lösungsvorschläge in Anbetracht der Zukunft eines europäischen Ehescheidungsrechts sollen Gegenstand der Arbeit sein.

Dazu ist zunächst eine Einführung in das Sach- und Kollisionsrecht einiger ausgewählter Mitgliedstaaten vorzunehmen, innerhalb derer zuerst die Scheidungsvoraussetzungen und dann das Vorgehen bei grenzüberschreitenden Bezügen im Rahmen des Internationalen Privatrechts aufgezeigt werden. Diese Darstellungen dienen der Verdeutlichung der Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der einzelnen Mitgliedstaaten. Da gerade im Zusammenspiel dieser Unterschiede erhebliche Probleme im Falle einer Ehescheidung mit grenzüberschrei-

Vorschriften betreffend das anwendbare Recht in diesem Bereich, Dok. KOM (2006) 399.

tendem Bezug auftreten können, werden diese anhand einiger Beispielsfälle hergeleitet und sodann erörtert.

Sodann werden die bedeutendsten Schritte der europäischen Rechtsvereinheitlichung in der historischen Entwicklung vorgestellt. Dabei wird insbesondere auch auf die Neuerungen durch den „Vertrag von Lissabon“, die im Verlauf der Arbeit ihre Auswirkungen zeigen werden, eingegangen. Im Verlauf der Integration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind seit geraumer Zeit immer wieder Bestrebungen zu verzeichnen, die europäische Zusammenführung auch im Bereich des Ehescheidungsrechts zu erreichen.

Im Anschluss werden die bereits erlassenen Verordnungen auf dem Gebiet des Ehescheidungsrechts, insbesondere die noch heute geltende „Brüssel IIa-VO“ vorgestellt. Dabei werden sowohl ihr Anwendungsbereich, sowie ihre Anerkennungs- und Zuständigkeitsbestimmungen eingehend erläutert. Auf dieser Grundlage sollen die Regelungen des status quo kritisch hinterfragt und die sich daraus ergebenden Probleme, teilweise anhand von Beispielsfällen, aufgezeigt werden. An diese Probleme knüpfen sodann die Vereinheitlichungsvorschläge im Bereich des europäischen Ehescheidungsrechts an.

Im weiteren Verlauf werden alle bereits vorgebrachten Lösungsvorschläge dargestellt und eingehend kritisch erörtert. In diesem Zusammenhang ist u.a. der Verordnungsvorschlag der Kommission zur Änderung der „Brüssel IIa-VO“ und zum anwendbaren Recht in Scheidungssachen („ROM III“) zu analysieren und zu hinterfragen. Gleiches gilt für den Vorschlag der Schaffung eines Institutes der „Europäischen Ehe“. Auf dieser Basis ist im Anschluss zu erforschen, ob nicht ein alternativer Lösungsvorschlag für eine Vereinheitlichung gefunden werden kann, der die bestehenden Probleme vollends beseitigt und die gewünschten Ergebnisse besser erreicht. Dies ist sowohl bezüglich einer Rechtssetzungskompetenz, der möglichen Rechtsform sowie des möglichen Inhalts vorzunehmen. Dabei wird auf die durch den „Vertrag von Lissabon“ geschaffenen Neuerungen und Möglichkeiten eingegangen. Es wird hierbei stets auf Sachverhalte abgestellt, die innerhalb der Union stattfinden, Bezüge zu Drittstaaten bleiben außer Acht, da europäisches Unionsrecht für diese Fälle grundsätzlich nicht anwendbar ist.